Erscheint wöchentlich.

Abonnementspreis für Nichtmitglieder 75 Pf. pro Quartal exkl. Bestellgeld. Man abonnirt bei allen Zeitungsspeditionen und Postanstalten, sowie in der Expedition.

Buchbinder-Zeitung.

Redaktion und Expedition:
A. Dietrich, Stuttgart
Hausteigstraße 30.

Inserate pro 4spaltige Petitzeile 20 Pf., für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in Briefmarken beizufügen, andrenfalls der Abdruck unterbleibt.

Organ des Verbandes der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 25. Stuttgart, Sonnabend den 19. Juni 1897. 13. Jahrgang.

☞ Kollegen und Kolleginnen! Wirkt unabläßig für den weiteren Ausbau des Verbandes!

Das neue preußische Juwel.

Der neueste reaktionäre Versuch, die Koalitionsfreiheit des Volkes durch gesetzliche Polizeiwillkür abermals einzuschränken, ist geglückt. Die optimistische Meinung über die Charakterstärke der Nationalliberalen ist zu schanden geworden, die Mär von einem neuen Johannestrieb in der Nationalliberalen Partei, aus der der Partei ein neues Rückgrat erstehen sollte, hat sich nicht bewahrheitet; sie waren zwar klug genug, den Entwurf der Regierung in seiner ihnen doch etwas zu reaktionären Fassung abzulehnen angesichts der vor der Thür stehenden Reichstagswahlen, hätten sie doch sicher durch solches Verhalten den schon im Schwinden begriffenen Anhang im Volke vollständig verloren; sie haben aber nicht die Konsequenz aus der ersten Rede ihres Vertreters im Abgeordnetenhause gezogen, die auf eine bestimmte Absage in jeder Form schließen ließ. Sind sie es doch stets gewesen, denen die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu verdanken war, sie, die Hauptvertreter der großen Industrie, sehen täglich das Vorwärtsdringen des Sozialismus bei ihren Arbeitern und sind deshalb stets bereit, Unterdrückungsgesetzen gegen das Aufwärtsstreben des Proletariats ihre Stimme zu geben.

Ehedem die eifrigsten Verfechter für die Reichseinheit, schwärmen sie jetzt für die Selbständigkeit der Einzelstaaten, ist ihnen doch durch die elenden Wahlgesetze der Einzelstaaten immerhin noch eine respektable Vertretung in den Landtagen möglich, während ihre Machtstellung im Reichstage längst erschüttert ist.

Genug — ihnen hat das Volk die neue Knebelung des bischen Vereins- und Versammlungsfreiheit zu verdanken.

Daß die Großindustriellen bei der Einbringung der Vorlage ihre Hand mit im Spiele hatten ist heute offenkundig und wurde ja auch offen ausgesprochen im Parlament: „... in industriellen Kreisen legt man großen Werth auf den Ausschluß der Minderjährigen."

Die Abstimmung nach der dritten Lesung hat das endgiltige Schicksal der Vorlage besiegelt, obgleich, da sie eine Verfassungsänderung bedeutet, eine nochmalige Abstimmung vor ihrem Inkrafttreten vorausgehen muß und eine Berathung im Herrenhause, aber beides bleibt ihr sicher ungefährlich. Zwar ist der monströseste Paragraph in der Regierungsvorlage, der es jedem Polizeibeamten überlassen wollte zu entscheiden, ob eine Versammlung geeignet sei, den öffentlichen Frieden zu gefährden und die Ruhe zu stören, um dann die Versammlung auflösen zu können, gefallen, aber ein anderer Paragraph, von mindestens ebenso großer Tragweite, oder von noch größerer, hat Aufnahme gefunden.

Die Minderjährigen, ohne Ausnahme des Geschlechts, sollen aus Vereinen und Versammlungen, die politische Angelegenheiten erörtern, ausgeschlossen werden. Bedeutet dies schon für die politische Partei eine schweres Hemmniß, da die Ausbildung des heranwachsenden Geschlechts für die Befreiung der Arbeiterklasse nothwendig ist, ruht doch in ihm die Zukunft, so wird die Thätigkeit der Gewerkschaften durch diesen Gesetzesparagraphen weit mehr gelähmt.

Die größte politische Bethätigung, die Ausübung der Wahlrechts, beginnt erst mit dem 25. Jahre, der Staatsbürger ist daher immer noch in der Lage, nach seiner Minderjährigkeit sich an politischen Vereinen und Versammlungen zu betheiligen, um sich eine feste politische Ansicht anzueignen — wenn er sie noch nicht vordem hatte.

Der Arbeiter aber als Handwerker, überhaupt in der Ausübung seines Berufes, wird als vollständig gleichwerthig erachtet mit der Beendigung seiner Lehrzeit, respektive mit dem Eintritt in seinem Beruf, ja, er gilt oft in seiner Jugend in Folge seiner größeren Leistungsfähigkeit mehr als der alte, schon vom Kapitalismus ausgemergelte Arbeiter. Deshalb ist es von größter Bedeutung bei der Bethätigung der Gewerkschaften in ihren vornehmsten Aufgaben, bei Streiks, Sperren ꝛc., welche Stellung die sogenannten Minderjährigen, die kein geringer Bruchtheil sind — hat doch nach der Durchschnittssterblichkeit der Arbeiter mit dem 21. Jahre den größten Theil seines Lebens hinter sich — einnehmen. Zwar können in der Werkstatt die Zaghaftesten aufgemuntert werden zur Solidarität bei dergleichen Vorkommnissen, ob aber in der Werkstatt sich immer die passenden Leute zur geeigneten Zeit finden werden, ist denn doch sehr fraglich; das richtige Feuer, der siegverheißende Enthusiasmus bei Streiks wird doch immer erst angefacht in einer vorausgehenden größeren Versammlung.

Desgleichen ist es mit den Arbeiterinnen, die durch die stetig sich mehrende Frauenarbeit für die Gewerkschaftsorganisationen ein äußerst gewichtiger Faktor geworden sind und ohne die z. B. in unserem Beruf die Führung eines Lohnkampfes beinahe unmöglich ist. Stellen doch sicher das Hauptkontingent der weiblichen Mitglieder in den Organisationen Mädchen bis zu den zwanziger Jahren, denn in den zwanziger Jahren gehen die meisten die Ehe ein, scheiden damit aus dem Beruf und der Organisation aus, da es ihnen die Pflicht als Hausfrau und Mutter selbst bei dem besten Willen unmöglich macht, sich um Versammlungen noch Vereine zu kümmern.

Man wird einwenden, ja das gilt doch nur für politische Vereine und Versammlungen, die meisten Gewerkschaften sind doch schon auf Grund ihrer Zentralisation unpolitisch. Bei einer genauen und sehr strengen Auslegung der Gesetze ist es den Behörden ein Leichtes, Vereine als politisch zu erklären. Wo ist die Grenze zwischen politisch und unpolitisch? In unserer heutigen Zeit ist Politik eine Lebensfrage und nur das Unwissende und Ungebildete geht partei- und farblos dahin. Schon mit Besprechung des jetzigen Themas würden wir bei einer genauen Gesetzesauslegung Politik treiben, versuchen wir doch durch Protestversammlungen Einwirkung auf die Gesetzgebung auszuüben.

Will man auch wieder mit dieser neuesten Knebelung das Proletariat und seine Organisationen bedrücken, das Proletariat, das Härteres schon überwunden hat, wird auch diesen Streich der Reaktion siegreich überwinden zur Schande seiner Gegner und zum Ruhme seiner selbst. ▱

Auf der Landstraße.

Die Darmstädter Naturalverpflegungsstation veröffentlichte jüngst ihren Jahresbericht, aus dem zu ersehen ist, daß wohl alle Berufe der Landstraße ihren Tribut zollen müssen, also alle unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Unter denjenigen, die die Naturalverpflegung in Anspruch nahmen, also arbeitslos die Landstraße bevölkerten, befanden sich nicht nur Handwerksgesellen ꝛc., sondern auch Techniker, Kaufleute und Künstler.

Im Ganzen haben im Jahre 1896 die Darmstädter Station 4274 mittellose Reisende in Anspruch genommen. Das ist schon eine ganz ansehnliche Ziffer.

Und doch weiß jeder Kenner, daß die Naturalverpflegungsstationen höchstens von der Hälfte aller Handwerksburschen in Anspruch genommen werden. Das wird dadurch bedingt, daß die Inanspruchnahme der Verpflegung für denjenigen recht verhängnißvoll werden kann, der länger auf der Reise ist, als das der Polizei gut erscheint, der sich also mit gutem Grund der Kontrolle durch die Stationen entzieht. Und außerdem wird ja seitens der meisten Verpflegungsstationen nichts an diejenigen abgegeben, die Anspruch auf Unterstützung aus ihren Gewerkschaftsorganisationen haben.

Für die Frage, wie viel Arbeitslose unsere Landstraßen bevölkern, sind deshalb die Ziffern der Verpflegungsstationen werthlos. Ein annähernd zutreffendes Bild aber geben sie davon, welche Berufe vornehmlich unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben und demgemäß ihre Zugehörigen auf die Landstraße entsenden.

Sehen wir uns darauf hin den Darmstädter Bericht an. Die 4274 Arbeitslosen vertheilen sich wie folgt auf die einzelnen Berufe: 729 Handarbeiter, 21 Barbiere, 215 Bäcker, 9 Bergleute, 86 Brauer, 15 Bildhauer, 60 Buchbinder, 80 Buchdrucker, 6 Büchsenmacher, 17 Bureaugehilfen, 24 Bürstenmacher, 14 Zigarrenmacher, 37 Konditoren, 21 Dachdecker, 13 Diener, 122 Dienstknechte, 20 Drechsler, 42 Eisendreher, 31 Färber, 2 Feilenhauer, 59 Former, 20 Friseure, 59 Gärtner, 20 Glaser, 23 Goldarbeiter, 7 Graveure, 6 Gürtler, 13 Gipser, 21 Hafner, 6 Handschuhmacher, 96 Hausburschen, 9 Heizer, 7 Hutmacher, 7 Installateure, 4 Instrumentenmacher, 23 Kaminfeger, 4 Kammmacher, 66 Kaufleute, 47 Kellner, 11 Kesselschmiede, 19 Korbmacher, 4 Korkschneider, 2 Köche, 5 Krankenwärter, 63 Küfer, 8 Künstler, 19 Kürschner, 19 Kupferschmiede, 21 Lackirer, 4 Lithographen, 69 Lohgerber, 163 Maler, 90 Maurer, 21 Mechaniker, 4 Messerschmiede, 9 Metalldreher, 4 Metalldrucker, 6 Metallgießer, 117 Metzger, 52 Müller, 4 Mützenmacher, 1 Optiker, 4 Pflasterer, 6 Polirer, 6 Portefeuiller, 9 Posamentirer, 8 Photographen, 1 Sägemüller, 63 Sattler, 7 Seeleute, 16 Seiler, 1 Seifensieder, 4 Schiffer, 9 Schleifer, 312 Schlosser, 97 Schmiede, 249 Schneider, 154 Schreiner, 2 Schriftgießer, 97 Schuhmacher, 22 Schweizer, 2 Silberarbeiter, 68 Spengler, 8 Spinner, 29 Steindrucker, 42 Steinhauer, 5 Stuhlbauer, 46 Tapezirer, 10 Techniker, 3 Tuchmacher, 16 Uhrmacher, 7 Vergolder, 33 Wagner, 24 Weber, 18 Weißbinder, 9 Wirker, 24 Ziegler, 41 Zimmerleute, 18 Frauen und 14 Kinder.

Diese Ziffern zeigen ohne Weiteres, daß einzelne Berufe besonders unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Und doch ist das durch die Ziffern gegebene Bild nicht ganz verläßlich.

729 „Handarbeiter", was ist darunter zu verstehen? Diese „Arbeiter" sind zum weitaus größten Theile gelernte Arbeiter, die nach jahrelangem vergeblichen Bemühen, irgendwo eine dauernde Stätte in ihrem Beruf zu finden, ihr „Handwerk mit dem goldenen Boden" an den Nagel hingen und nun als „Arbeiter" jede sich bietende Gelegenheit zur Arbeit wahrnehmen. Dasselbe ist der Fall bei den Hausburschen und Dienstknechten. Und wer die Verhältnisse einigermaßen kennt, der wird uns recht geben, wenn wir behaupten, daß unter diesen Arbeitern, Hausburschen und Dienstknechten der weitaus größte Theil ehemals Berufen angehörte, die unter besonders erbärmlichen Verhältnissen zu leiden hatten, zum größten Theil sich also aus Bäckern und Metzgern rekrutirt, die ja in ihrem eigentlichen Beruf auch so schon zu allerlei Nebenarbeiten herangezogen werden, welche nachher den Uebergang zu dem Arbeiter-, Dienstknechts- oder Hausburschen-„Beruf" erleichtern. Das größte Kontingent für die Landstraße stellen unbestreitbar die Bäcker und Metzger, nicht aber die „Arbeiter", die sich aus allen möglichen Berufen zusammensetzen, oder, wie man der obigen Liste nach annehmen könnte, die Schneider. Jeder dritte oder vierte Handwerksbursche, den man nach seinem Beruf fragt, wird sagen, er sei Lehrmer (Bäcker) oder Katzoff (Metzger). Daß die Schneider trotzdem auf der Darmstädter Liste an erster Stelle figuriren, erklärt sich daraus, daß gerade diese als Saisonarbeiter zu einer bestimmten Zeit „auf der Walze" sind, die meistens nicht länger dauert, als die Frist, binnen welcher die Verpflegung noch erhoben werden kann, ohne daß die Hilfsbedürftigen Gefahr laufen müssen, von der Polizei als „Landstreicher" eingesteckt zu werden. Dadurch kommt es, daß die auf der Landstraße befindlichen Schneider auf den Naturalverpflegungsstationen fast alle gezählt werden, was bei den anderen Berufen, in denen die Arbeitslosigkeit häufig viel länger dauert, nicht der Fall ist. — Bei den Malern und vielen anderen Berufen liegen die Verhältnisse ähnlich wie bei den Schneidern. Doch kommt es uns nicht etwa darauf an, den einen Beruf auf Kosten der anderen herauszustreichen. Wir wollen vielmehr auf Grund der Darmstädter Liste und unserer persönlichen Erfahrungen wieder einmal die Thatsache feststellen, daß gerade in den beiden Berufen, deren gewerkschaftliche Organisationen am schwächsten sind, bei denen sich aber die innungsmeisterliche Herrschaft der „guten alten Zeit" am besten erhalten hat, die Arbeitslosigkeit am schlimmsten und die Arbeitsverhältnisse am traurigsten sind: bei den Bäckern und Metzgern.

Korrespondenzen.

Leipzig. „Ueber Tarifgemeinschaften" lautete das Thema der am 12. Juni stattgefundenen öffentlichen Versammlung, zu der Kollege Zinke das Referat übernommen hatte. Redner bedauert, daß der jetzige Redakteur des „Correspondent" das zugesagte Referat nachträglich ablehnte und kein Buchdrucker zu finden war, der dieses Thema behandelte. Kollege Zinke giebt eingehend die Vorkommnisse im Buchdruckgewerbe seit dem großen Streik und der vielbesprochenen Tarifbewegung wieder und konstatirt, daß Gasch, der frühere Redakteur des „Correspondent", damals selbst gegen einen Streik war und selbst für Unterhandlungen eintrat. Gasch hätte sich müssen früher mit seinen Kollegen und Vertretern aussprechen, bevor er im „Correspondent" gegen die Tarifgemeinschaft auftrat. Es war zu erwarten, daß die Arbeitgeber sagen, „wir machen nicht mehr mit" und folgerte sein erhielt Gasch die bekannte Rüge (Mißbilligung) über seine Schreibweise im „Correspondent". Die Buchdrucker hätten Tarifgemeinschaften schon seit 1873, die neue Gemeinschaft sei besser; der Glaube, dieselbe sei ebenso schlecht wie die früheren, verschwinde immer mehr, die Opposition vermindere sich allmälig. — Der Referent erklärt es als Unwahrheit, daß halbjährige Kündigung bestünde, thatsächlich könnte nur von einer vierteljährigen die Rede sein; er bestreitet auch, daß die fünfjährige Tarifgemeinschaft schädigend auf andere, speziell auf unseren Beruf rückwirke. Es wäre Illusion, daß wir schon 1900 wieder eine halbstündige Zeitverkürzung erlangen könnten. An den Zahlen der tariftreuen Firmen wäre zu ersehen, daß Vortheile errungen wurden, was die Opposition auch nach und nach zugäbe.

An diese Ausführungen schloß sich eine lange Debatte. Kloth sowie andere Redner wünschten, das Referat hätte sich mehr im Allgemeinen über Tarifgemeinschaften ausgelassen. Man braucht nicht Gegner von Tarifvereinbarungen oder -Gemeinschaften zu sein, aber doch könne man Gegner der Buchdruckertarifgemeinschaft sein. Der Streit um Worte führe meistens abseits vom Ziele. Zu Anfang der Verhandlungen wegen des graphischen Kartells war die Meinung vorhanden, daß gemeinschaftlich vorgegangen werden sollte. Kloth verurtheilt das Vorgehen der Buchdrucker, die, ohne Rücksicht auf die anderen graphischen Berufe zu nehmen, Abmachungen getroffen, die diese Berufe selbst mit berühren; dadurch sei das graphische Kartell zu Grabe getragen. — Es wäre besser, die schönen Worte in Thaten umzusetzen; wenn man die Menschheit aus den kapitalistischen Fesseln befreien will, darf man auch der Arbeiterinnen nicht vergessen. Nach dem großen Buchdruckerstreik hätte man glauben müssen, daß man sich nun auch der Hilfsarbeiterinnen annehme, was jedoch nicht geschehen. Redner verweist dagegen auf unseren Verband und unsere Forderungen bei der letzten Bewegung. Die Buchdrucker hätten in Bezug auf Organisation bessere Verhältnisse als wir mit unserem weitverzweigten Beruf, sie hätten es auch verstanden, sich den behördlichen Maßnahmen anzuschmiegen und anzupassen. Hätten alle Berufe so gehandelt, dann würde aber auch das Sozialistengesetz nicht so leicht abgeschüttelt worden sein. Anderen würde es auch nichts genützt haben, sofern ihre Führer gleichzeitig politisch thätig gewesen. Pflicht jedes Gewerkschaftsführers sei es, bei jeder Gelegenheit auf die Partei hinzuweisen, die für Vereinsrecht, Versammlungs-, Preß- und Koalitionsfreiheit eintritt, Forderungen, die zur Entwicklung der Gewerkschaften in erster Linie nöthig sind. Redner ist der Meinung, daß wenn zu Anfang der Verhandlungen bei den Buchdruckern darüber abgestimmt worden wäre, ob Tarifgemeinschaft oder nicht, dieselbe sofort abgelehnt worden wäre, und verurtheilt die Vergewaltigung der Minorität. Die Tarifgemeinschaft wird länger als fünf Jahre dauern.

Gallisch schließt sich Kloths Ausführungen an und ist der Meinung, daß durch die Fortschritte der Maschinentechnik der Achtstundentag früher erreicht wird als Zinke meint.

Lotze, Buchdrucker, aus purer Langeweile in der Versammlung anwesend, meint, daß Gasch Schuld an dem verlorenen Streik habe, indem er damals Tam-Tam schlug den Tarif zu kündigen. Gasch wäre aber selbst der Vater der Tarifgemeinschaft. Der größte Fehler beim Streik wäre gewesen, daß sie die Hilfsarbeiterinnen mitgenommen hätten: „Glauben Sie sicher, wenn wir wieder streiken, die Hilfsarbeiterinnen nehmen wir nicht wieder mit." Das Tarifamt sei ausgezeichnet. Beim graphischen Kartell konnte es sich nur um finanzielle Unterstützung handeln; er bezweifelt, daß es besser wäre, wenn sich die Buchdrucker der Hilfsarbeiterinnen annehmen.

Pfütze weiß nicht, ob wir berechtigt sind ein Urtheil zu fällen, er ist tariffreundlich, weil durch Festlegung eines Tarifs ein ruhiges Arbeiten ermöglicht wird. Die Buchdrucker hätten durch ihre starke Organisation die Prinzipale gezwungen in Verhandlungen einzutreten.

Walther ist gegentheiliger Ansicht wie Zinke und wünscht, Buchdrucker Lotze hätte es unterlassen die nicht vertretene Opposition anzugreifen. (Lotze verläßt hier unter einer nichtigen Bemerkung den Saal, was allgemein mißbilligt wird.)

Kloth kann die Schwenkung der Leipziger Delegirten, die in Halle noch Gegner der Tarifgemeinschaft waren, nicht begreifen; er kann Döblin nicht als den größten Gewerkschaftsführer anerkennen, dieser trage die Hauptschuld an dem verlorenen Streik. Er, Kloth, mußte nothgedrungen in der Pantheon-Versammlung einen Vergleich anstellen zwischen der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker und unseren Abmachungen.

Brandmair meint, man solle nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashause sitzt, durch Annahme unseres Tarifs wären auch wir tariffreundlich.

Es betheiligen sich wiederholt die Kollegen Zinke, Walther, Kloth, Pfütze und mußte die Versammlung um 12 Uhr geschlossen werden, ohne einen Beschluß gefaßt zu haben. ch.

Gera. Nachdem die Geraer Verbandsmitglieder beschlossen, vom 1. Mai an eine Zahlstelle zu bilden, berief der Bevollmächtigte für den 8. Mai eine öffentliche Versammlung ein, zu welcher 32 Kollegen anwesend waren und die den Erfolg hatte, daß sich 4 weitere Kollegen als Mitglieder aufnehmen ließen, so daß die Zahlstelle jetzt 25 Mitglieder zählt. Eine spätere Mitgliederversammlung beschloß, um ein klares Bild über die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bekommen, eine Statistik auszuarbeiten und zu diesem Zwecke Fragebogen auszugeben. Des Weiteren stand der Antrag Altenburg auf Abhaltung eines Gautages mit dem Hauptpunkt „Trennung Thüringens vom 6. Gau“ auf der Tagesordnung. Die Mitglieder sprechen sich dahin aus, daß Thüringen vom 6. Gau zu trennen sei, da bei den bisherigen Verhältnissen der Gauvorstand eine gedeihliche Agitation nicht entfalten könne und eine mündliche Agitation zweckdienlicher und nutzbringender als die besten Flugblätter und Agitationsschriften sei. Unerklärlich ist das Verhalten des Gauvorstandes, daß er die Ende April angeordnete Abstimmung über den Altenburger Antrag weder beachtet noch bekannt giebt und einfach den Beschluß der Zahlstelle Frankfurt zum eigenen macht. So gut wie die gefaßte Resolution gemeint ist, welche die Mißstände im 6. Gau zu beseitigen sucht, so ist doch aber die Zahlstelle Frankfurt nicht maßgebend für den ganzen Gau und nenne ich das einseitig gehandelt vom Gauvorstand; das behaupte ich wenigstens so lange, als er das Resultat der Abstimmung über den Antrag Altenburg nicht bekannt giebt, er einfach die Abstimmung und die Beschlüsse ignorirt und sich nach dem Beschluß der Zahlstelle Frankfurt richtet. Wenn der Gauvorstand und die Zahlstelle Frankfurt nicht für Verbandstage und Gautage sind, so müssen doch nicht auch die anderen Zahlstellen derselben Ansicht sein. Wenn eine Abstimmung erfolgt, so ist das Resultat maßgebend für den Gauvorstand sowohl wie für sämmtliche Zahlstellen. Zu was veranstaltet man denn eine Abstimmung, wenn man das Resultat nicht bekannt giebt? Verträgt dasselbe vielleicht das Tageslicht nicht? Ich erwarte mehr Erfolge von Verbandstagen und Gautagen wie Gauvorstand und Zahlstelle Frankfurt, die Hauptsache ist nur, daß man Vertrauen dazu hat, die Beschlüsse achtet und sich danach richtet und nicht, wie von gewisser Seite daran rum genörgelt und den Beschlüssen ganz entgegen gearbeitet wird; was aber nicht auf den Gauvorstand und Zahlstelle Frankfurt Bezug hat. Die wiederholten Zusammenkünfte der Altenburger, Greizer, Plauenschen und Geraer Kollegen haben bewiesen, welche Erfolge erzielt werden können; die Aussprachen haben bewirkt, daß in Gera soviel Mitglieder gewonnen wurden um eine Zahlstelle zu schaffen, ebenso wie in Greiz und Plauen Mitglieder in größerer Zahl wie bisher gewonnen wurden. Und da sollen Gautage resp. Bezirkstage mindestens nicht ebenso Erfolg haben? Stoff ist jetzt wohl reichlich vorhanden und eine Aussprache der Kollegen verschiedener Städte im engeren Kreise wohl sehr am Platze. Derartige wichtige Fragen verlangen natürlich größeres Interesse und mehr guten Willen wie der Gauvorstand gezeigt hat. Wenn man natürlich die Kosten und die Mühe scheut, kann man selbstredend keine Erfolge erzielen, gebratene Tauben fliegen ebenso wenig in Hessen wie in Thüringen. Wollen wir vorwärts kommen, dann müssen wir unsere ganze Kraft und Energie aufbieten, um das bisher Erreichte zu erhalten und unsere Organisation noch mehr auszubauen und zu verstärken. Stillstand bedeutet Rückschritt.

Den Ausführungen des Kollegen L. in Altenburg in Nr. 22 der „Buchbinder-Zeitung“ betreffend Ausbau der Organisation schließe ich mich voll und ganz an und sind die angezogenen Punkte wohl in erster Linie im Auge zu behalten; wenn wir mehr bieten können, so werden wir die älteren resp. verheiratheten sowie die indifferenten Kollegen eher gewinnen und uns erhalten können und würden dann auch die Lamentationen über zu hohe Beiträge aufhören. Ebenso beachtenswerth ist der Artikel in Nr. 21 „Hohe Verbandsbeiträge — dauernde gewerkschaftliche Erfolge“.

Geradezu unbegreiflich ist der Antrag Berlin auf Herabsetzung der Beiträge. Anstatt mit Verbesserungsvorschlägen zu kommen, bringen sie uns krebsartige Rückschrittsgedanken, angesichts der Anstrengungen der Arbeitgeber allerwärts, die im Vorjahre erzielten Erfolge den Arbeitern wieder zu entreißen; man lese nur den Artikel in Nr. 23 „Elf Stunden Arbeitszeit“, und beachte ferner das Bemühen der Leipziger Innungshelden, den aufgestellten Minimallohn noch weiter herunterzudrücken und zu durchbrechen. Glauben die Berliner Kollegen keine Unterstützung nöthig zu haben, oder wollen sie sich das Errungene wieder ohne Kampf entreißen lassen? Zu größeren und hartnäckerigen Kämpfen wird es dieses Jahr nicht nur in Berlin kommen, und daß dazu Mittel gebraucht werden, wissen doch die Antragsteller selbst; oder hoffen dieselben, die Mittel durch hohe Streikbeiträge bei eventuell ausbrechendem Streik zu erheben? Die Kollegen, die jetzt gegen 35 Pfennig eifern, würden sich bei hohen Streikbeiträgen erst recht widersetzen. Die Berliner Kollegen werden wohl zuerst Unterstützung brauchen, darum ist es auch ihre Pflicht, bei Zeiten für Mittel zu sorgen und an der Aufbringung derselben zu helfen, aber nicht Anträge zu bringen, welche die Organisation hemmen und die Kräfte anstatt zu neuen Kämpfen zu stählen, zu zersplittern suchen. Bei den zukünftigen Kämpfen steht unsere Organisation auf dem Spiele und diese wollen wir hoch halten; sorge Jeder dafür, daß die Beiträge auf der jetzigen Höhe bleiben und sind wir dann als Sieger aus dem Kampfe gegangen, dann wollen wir unseren Verband weiter ausbauen, wir werden dann unsere Mitglieder erhalten und die Fernstehenden noch gewinnen. Bezahle nur Jeder seine Beiträge pünktlich und regelmäßig, dann fallen sie auch dem Schlechtgestelltesten nicht zu schwer. Darum, Kollegen, haltet die Organisation hoch, und frisch und muthig zu neuen Kämpfen und neuen Siegen!

Zum Schlusse gebe ich die inzwischen fertig gewordene Statistik bekannt:

Die Statistik wurde am 15. Mai aufgenommen und erstreckt sich auf 1 Buchdruckerei mit 1 Arbeiter, 5 Lithographische Anstalten mit zusammen 7 Arbeitern und ca. 6 Arbeiterinnen, 1 Liniiranstalt und Dütenfabrik mit 6 Arbeitern und ca. 7 Arbeiterinnen, 2 Buchbindereien mit je 11 Arbeitern und 8 Arbeiterinnen, 1 Buchbinderei mit je 5 Arbeitern, 1 Buchbinderei mit je 4 Arbeitern, 2 Buchbindereien mit je 3 Arbeitern, 2 Buchbindereien mit je 2 Arbeitern, 7 Buchbindereien mit je 1 Arbeiter, 13 Buchbindereien ohne Arbeiter aber theilweise mit Lehrlingen. Vorübergehend werden auch bei einigen der letzteren Geschäfte Gehilfen beschäftigt.

Zusammen sind es 35 Betriebe mit 62 Arbeitern und 35 Arbeiterinnen, davon sind 25 Arbeiter und 1 Meister organisirt.

Hilfsarbeiter werden 6 und Lehrlinge 30 beschäftigt.

Maschinen stehen 186 im Betrieb, davon 3 mit Dampf und Motorenbetrieb.

Die Arbeitszeit beträgt in 9 Betrieben je 10 Stunden, in 2 je 10½ Stunden, in 8 je 11 Stunden, in 3 je 12 Stunden und in 13 ohne Gehilfen unbestimmt (12—13 Stunden?).

Für Arbeiter beträgt der höchste Lohn 27 Mk., der niedrigste 8 Mk., der Durchschnittslohn 14 Mk.; im Akkord stehen 3 Arbeiter theilweise und erzielen durchschnittlich 25 Mk. Lohn.

Für Arbeiterinnen beträgt der höchste Lohn 13,20 Mk., der niedrigste 4 Mk., der Durchschnittslohn 7,15 Mk.; im Akkord stehen 6 Arbeiterinnen mit durchschnittlich 10,50 Mk. Lohn. Die Hilfsarbeiter erhalten durchschnittlich 10 Mk.

Die Feiertage werden in 3 Betrieben bezahlt, in 18 nicht.

Prozente für Ueberstunden werden in 5 Betrieben bezahlt, in 11 nicht, und zwar 10—25 Prozent. In den übrigen Betrieben konnte etwas Bestimmtes nicht erfahren werden. Die Behandlung ist in 6 gut, in 9 mittelmäßig, in den übrigen mittelmäßig? B.

Jena. Ein erfreuliches Bild bot unsere letzte außerordentliche Generalversammlung vom 11. Juni, indem die Kollegen seit längerer Zeit wieder einmal vollzählig erschienen waren. Aus den Verhandlungen ist besonders die Debatte über den Antrag Berlin, betreffs Herabsetzung der Beiträge, hervorzuheben, welche eine sehr lebhafte war. Das Resultat war einstimmige Verwerfung desselben. Ferner wurde beschlossen, Ende August einen gemeinschaftlichen Ausflug in das wildromantische Schwarzathal zu unternehmen und für diesen Zweck einen wöchentlichen Beitrag zu erheben. Nach weiterer Annahme eines Antrages, die Versammlung von jetzt an Freitags stattfinden zu lassen, wurde die recht gut verlaufene Versammlung geschlossen. Mögen die hiesigen Kollegen auch so fernerhin vollzählig erscheinen, ihre Interesse an unserer Sache zu erkennen geben und die hiesige Zahlstelle wird auch weiterhin blühen und gedeihen zum Wohle des Verbandes. — L.

Dresden. Am 12. Juni fand hier eine öffentliche Versammlung der Einzelmitglieder mit folgender Tagesordnung statt: 1. Stellungnahme zur Beitragsfrage und Urabstimmung. 2. Gewerkschaftliches.

Zunächst giebt Kollege Böttcher den bisherigen Verlauf des Vorgehens der Berliner Zahlstelle bekannt und betont besonders, daß, im Falle die von dort beantragte Urabstimmung zu Stande kommt, nur darüber abgestimmt werden kann, ob 35 Pfg. oder 25 Pfg. Beitrag erhoben werden sollen. Zu anderen Anträgen, wie auf Stellung des Antrags auf 30 Pfg. Beitrag, müßten ebenfalls wieder ein Fünftel der Verbandsmitglieder ihre Zustimmung geben. Sodann erwähnt Redner den großen Abgang von Mitgliedern in Berlin, und die beabsichtigte Einführung der elfstündigen Arbeitszeit seitens der Unternehmer.

Es sprechen nun für Herabsetzung der Beiträge: Kollege Werner, welcher räth, bei etwaiger Urabstimmung für 25 Pfg. zu stimmen, da die wegen Resten Ausgeschlossenen sehr schwer wieder zum Eintreten zu bewegen sind.

Ebenfalls Kollege Schultze, welcher das Zurückschicken der Listen seitens verschiedener Zahlstellen als ungerechtfertigt erklärt.

Kollege Weigandt erwähnt als interessant, daß gerade die größeren Städte sich gegen die hohen Beiträge auflehnen. In Leipzig seien ebenfalls an 300 Mann ausgetreten (? d. Red.). Der Grund sei wohl darin zu suchen, daß diese am Ort ansässig sind, nicht auf die Reise gehen und sich deswegen wenig materielle Vortheile vom Verband versprechen. Auch er bitte den Antrag der Berliner zu unterstützen, um ihnen das Wort zu nehmen, ihnen sei die Agitation erschwert worden.

Kollege Lange bemerkt, daß einige kleinere Zahlstellen für Erhöhung der Beiträge waren, aber höchstens bis auf 30 Pfg., nicht auf 35 Pfg. Die Berliner sind auf dem Verbandstag durch Zufall in der Minderheit gewesen. Das Treiben gegen die Berliner ist nicht zu billigen. Die Beiträge sind nach der Berndigung der zu erwartenden Bewegung zu erniedrigen.

Kollege Maiwald betont das Schwierige der Lage, von 35 gleich auf 25 Pfg. herunter zu gehen; er erklärt, bei der Abstimmung auf dem Verbandstag einen Fehler gemacht zu haben. Redner tritt für 30 Pfg. Beitrag ein und bemerkt, daß die in Berlin Ausgetretenen auch bei 25 Pfg. ausgetreten sein würden.

Gegen Erniedrigung der Beiträge wurde eingetreten von:

Kollege Böttcher, welcher das Vorgehen der Berliner als Eigensinn betrachtet, um sich am Verbandstag zu rächen. Die Antragsteller haben nicht an die Unternehmer gedacht. Die Ausgetretenen werden bei 25 Pfg. Beitrag nicht wieder eintreten. Die Berliner haben es wohl verstanden, dem Verbande viele Mitglieder zuzuführen, aber nicht, dieselben der Organisation zu erhalten. Bei 25 Pfg. Beitrag würden sie dasselbe Fiasko gemacht haben.

Kollege Calow hält es für bedauernswerth, wenn in Berlin bei 21 Mk. Lohn ein solcher Antrag eingebracht wird. Die kleineren Mitgliedschaften bezahlten sämmtlich ihre 35 Pfg. Redner ist für Erhöhung der Unterstützungen.

Kollege Wienhold betont, daß noch viel Geld nothwendig sein wird, um die kommenden Ausgaben zu decken, man solle dies den Austretenden zu beweisen suchen. Redner tritt für 35 Pfg. ein.

Kollege Gerhardt ist ebenfalls für 35 Pfg.

Während der Debatte wird vom Kollegen Lange folgende Resolution eingebracht:

„Die Versammlung ist der Ansicht, daß es thunlich erscheint, um allen Protesten möglichst zu genügen, in der Urabstimmung den Kollegen einen Antrag mit zu unterbreiten, den Beitrag auf 30, bezw. 15 Pfg. für weibliche Mitglieder festzusetzen.

Die Versammlung räumt den Berlinern das gute Recht ein, ihre Meinung kund zu geben und hofft, daß die Anremplung derselben in der Zeitung ein Ende nimmt.“

Diese Resolution wurde mit 29 gegen 3 Stimmen angenommen.

Zum 2. Punkte, Gewerkschaftliches, wird von verschiedenen Rednern das Nützliche des öfteren Zusammenkommens bei Ausflügen u. s. w. betont, und dessen agitatorischer Werth hervorgehoben. — Kollege Weigang empfiehlt den Besuch der Leipziger Ausstellung. — Eine Werkstudenangelegenheit bei R. & J. wird wegen Abwesenheit eines Kollegen vertagt. — Die Kollegen Calow und Schultze wünschen auf die nächste Tagesordnung die Besprechung des Streikreglements zu setzen. Dieselben sind mit den einzelnen Bestimmungen durchaus nicht einverstanden.

Hierauf Schluß der mäßig besuchten Versammlung. E. S.

Frankfurt a. M. „Wie stellen wir uns zum Berliner Antrag?“ so lautete der erste Punkt unserer am 5. Juni abgehaltenen Mitgliederversammlung. Dieser Punkt rief eine rege Diskussion hervor, in welcher einige für, die Mehrzahl aber gegen den Antrag sprachen. Kollege Liebegut führt unter Anderm aus, daß die Berliner doch jedenfalls im Laufe des Jahres wieder Lohnkämpfe zu erwarten haben, der Anfang sei ja schon in Sicht! Wie aus der Berliner Korrespondenz in der Nr. 23 unserer Zeitung zu ersehen ist, beabsichtigen die dortigen Arbeitgeber die elfstündige Arbeitszeit wieder einzuführen. Bei diesen schlimmen Aussichten sei es ihm unbegreiflich, wie sich für den Antrag eine Mehrzahl finden konnte. Dagegen sprechen noch die Kollegen Brumm, Spitzner und Wenderhold, letzterer führt aus, das Schönste an der ganzen Sache sei, daß gerade die Berliner, welche alles aufgewandt haben einen Verbandstag zu Stande zu bringen, sich jetzt den Beschlüssen desselben nicht fügen wollen. Von den Rednern wird in der Hauptsache die Beitragserhöhung an und für sich erörtert.

Für den Antrag tritt entschieden Kollege Schmitz ein; er betont, daß es den schlechtbezahlten Kollegen unmöglich sei, 35 Pf. zu erschwingen. Da Redner längere Ausführungen über Lokal- und Zentralorganisation macht, wird er vom Vorsitzenden zur Sache gerufen; das gleiche passirt Kollege Liebegut, welcher die Verlegung der Zeitung nach Berlin in die Debatte zieht. Auch Kollege Thierberg spricht für den Antrag, er weist darauf hin, daß sich die Kollegen gern der Majorität einer Urabstimmung, aber nur mit Widerwillen dem Beschluß der paar Leute vom Verbandstag, die ja doch nicht mit gebundenen Mandaten hingeschickt sind, fügen. Bei Steuern und dergleichen, wo es sich um das Wohl und Wehe des Verbandes handle, sollte nur der Wille der Gesammtheit entscheiden. Wo sich uns Gelegenheit biete, sollen wir diesen unseren Gefühlen Ausdruck geben, und aus diesem Grunde begrüße er den Antrag. Eine Resolution wird nicht gefaßt, da in keiner Weise auf die Mitglieder ein Druck ausgeübt werden soll. Im übrigen war die Versammlung schlecht besucht; nach Erledigung verschiedener lokaler Angelegenheiten wurde dieselbe gegen 12 Uhr geschlossen. E. B.

Würzburg. Würzburg ist eine im Verhältniß immerhin ziemlich bedeutende Stadt, in gewerkschaftlicher Beziehung aber ist es gerade das Gegentheil. Und besonders sind es, wie man leider auch konstatiren muß, die Buchbinder, welche trotz ihrer hier herrschenden gar so traurigen Zustände noch immer nicht zu der Ueberzeugung gelangen konnten, daß es eine unbedingte Nothwendigkeit geworden ist, diese Mißstände zu beseitigen. Man möchte meinen, ein Denken über ihre Lage, wie es ist und wie es bei einigem Zusammenstehen sein könnte, wäre gänzlich abgestorben. Sie merken in ihrem Dusel gar nicht wie ihnen das Fell über die Ohren gezogen wird und sie nur als Pflichterfüllende, aber nicht als Rechterhaltende betrachtet werden. Die Herren Prinzipale sind, wie schon Herr Bauer, Hofstraße, selbst zugegeben hat, natürlich sehr erstaunt und zugleich sehr erfreut über die Klugheit (?) der Gehilfen, so recht in Geduld auszuharren, 11½ bis 13 Stunden und noch länger zu arbeiten und dafür den horrenden Lohn von 6 bis 13 Mk. in Empfang zu nehmen.

Nun giebt es, wie man auch gestehen muß, zwei Werkstuben, wo es ein Buchbinder sogar bis auf 18 Mk. bringen kann, das Famose dabei ist aber, daß dieses als eine besondere Gnade betrachtet und der betreffende Gehilfe natürlich hin und wieder einmal davon direkt oder indirekt in Kenntniß gesetzt wird. Besonders betrifft letzteres obengenannte Firma, über deren rühmliches (?) Verhalten gegenüber dem zweiten Gehilfen in einem späteren Bericht die Kollegen noch aufgeklärt werden.

Der Tarif, den die Herren Buchbindermeister in ihrer neugegründeten Vereinigung voriges Jahr ausgearbeitet haben, läßt den Gehilfen einen Mindestlohn von 15 bis 17 Mk. in Aussicht stellen. Weil nun aber die Kollegen — und besonders sind es ortsangehörige — vor lauter Bescheidenheit lieber fasten und eher die Hilfe ihrer Angehörigen in Anspruch nehmen, haben es natürlich die Prinzipale nicht nothwendig, den Gehilfen in irgendwelcher Weise entgegenzukommen, sondern ihr ganzes Denken ist nur dahin gerichtet, mit den billigsten Arbeitskräften, trotz ihrer künstlichen Vereinigung, die Konkurrenz zu vernichten und in Folge dessen auf Kosten der Arbeiter natürlich auch unterm Tarif zu schaffen.

Kollegen von Würzburg, an Euch selbst liegt es, Eure Lage zu verbessern. In der letzten Lohnbewegung haben eine große Anzahl Verbands-Mitgliedschaften für Hebung der wirthschaftlichen Lage gestritten und sie haben auch durch unerschütterliches Zusammenhalten den Sieg davongetragen. Und gerade da, wo es am allerbedürftigsten ist, diese jammervollen Zustände, diese niederen Löhne, diese lange Arbeitszeit zu beseitigen, da hat man es noch nicht für der Mühe werth gehalten daran zu denken, auf welche Weise das zu erreichen ist, wo schon andere Städte darüber hinaus sind. In Eurem eigenen Interesse liegt es, ob Ihr den Schlaf der Genügsamen weiter duseln wollt oder Euch doch endlich einmal zu ermannen und zu sagen: „Bis hierher und nicht weiter!“ M. H—che.

Mannheim. Bei Stellenangeboten nach hier in Buchdruckerei Walther, ersuchen wir alle Verbandskollegen, sich vorher bei der hiesigen Zahlstelle zu erkundigen, da daselbst Differenzen ausgebrochen sind. Zuzug ist vorläufig fernzuhalten.

Der Vorstand.

Karlsruhe. Unsere letzte Mitgliederversammlung am 5. Juni hatte als 4. Punkt den Antrag der Zahlstelle Berlin auf der Tagesordnung. Leider war die Versammlung gerade nicht glänzend besucht, was wohl auf die Pfingstausstütze zurückzuführen ist. Einige Kollegen finden es überhaupt nicht für nöthig, die Versammlungen zu besuchen und möchte ich allen Kollegen es dringend ans Herz legen, in Zukunft pünktlicher und fleißiger in die Versammlungen zu kommen.

Nachdem der Antrag Berlin den Mitgliedern kurz auseinandergelegt und auf die Nothwendigkeit eines hohen Beitrags hingewiesen worden, entspann sich eine lebhafte Debatte. Trotzdem die Lohnverhältnisse hier schlechter sind wie in Berlin und es den Kollegen auch schwer fällt einen hohen Beitrag zu bezahlen, trat die Mehrzahl doch ganz entschieden gegen diesen Antrag ein. Zum Schluß wurde nachstehende Resolution fast einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit dem Antrag der Zahlstelle Berlin nicht einverstanden und hält den Beschluß des Verbandstages hoch.“ V.

Augsburg. Unsere am 5. Juni stattgefundene Versammlung beschäftigte sich mit dem von der Zahlstelle Berlin gestellten Antrag: Herbeiführung einer Urabstimmung. Eifrige Leser unserer Zeitung haben gewiß gefunden, daß gerade die Zahlstelle Augsburg bis kurz vor dem Verbandstag gegen Einführung des Beitrages von 35 Pfennig pro Woche war und sich mit Händen und Füßen dagegen sträubte. Die Gründe, welche uns zu diesem Verhalten veranlaßten, sind wohl noch zu bekannt, als daß ich diese nochmals an dieser Stelle anführen sollte.

Um mich recht kurz zu fassen: wir sind jetzt der Meinung, nachdem unsere von uns (ich meine hier alle Zahlstellen Deutschlands) selbst gewählten Vertreter, welche an den Berathungen des Verbandstages theilnahmen, zum großen Theil für gegeben erachteten, den Beitrag zu erhöhen, daß wir jetzt, nach den mühevollen Verhandlungen, vielen Debatten, Gelbkosten und Veränderungen (was naturgemäß der Verbandstag mit sich brachte), vollständig mit der Erhöhung des Beitrags, wie schon früher erwähnt, einverstanden sind und gegenwärtig eine Veränderung nicht für gut befinden. Die hiesigen Mitglieder beschlossen daher folgendes:

„Nachdem erst vor Kurzem der Verbandstag stattgefunden hat und die Majorität dafür eintrat, den Beitrag auf 35 Pfennig zu erhöhen, fühlen wir uns veranlaßt, diesen Beschluß unserer Vertreter hochzuhalten und den Berliner Antrag nicht zu unterstützen. Wir behalten uns aber vor, zur gegebenen Zeit, wenn irgend eine Abänderung der Beitragshöhe stattfinden sollte, unseren früheren Antrag, welcher Klassenbeiträge bezweckt, wiederholt einzubringen.“ Zu diesem bemerke ich noch, daß der Antrag Berlin hier so etwas wie Verwunderung und Ueberraschung hervorrief, jedenfalls schon deshalb, weil erst so kurze Zeit verflossen ist wo der Verbandstag stattfand. Ueberdies kommt es uns als ein verunglückter Schachzug vor, jetzt nach der Bewegung und zu einer Zeit, wo verschiedene Berliner Meister oder Fabrikanten den festgesetzten Lohntarif nicht mehr einhalten wollen, die Beiträge auf Antrag jener Ortszahlstelle zu erniedrigen, denn damit zeigt man ja eine gewisse — gelinde ausgedrückt — Niedergeschlagenheit. Die Prinzipale werden den richtigen Gegenzug zu machen wissen.

Unsere Kollegen hier am Ort, welche einen noch niederern Lohn haben als die Berliner Kollegen und gezwungen sind die katholischen Feiertage alle mitzufeiern, und deren sind es nicht wenige, empfinden gewiß den höheren Beitrag auch sehr, aber erfreulicherweise ist ein gewisser Opfermuth vorhanden. Zudem kann ich nicht unterlassen, da ich die Berliner Verhältnisse nach langjährigem Aufenthalt daselbst auch sehr gut kenne, zu behaupten, daß man in

Berlin billiger leben kann als hier bei uns, ja wir müssen hier sogar viel mehr Steuer zahlen. Im Interesse unseres Vorwärtsstrebens wäre unbedingt erwünscht, wenn der Beitrag auf jetziger Höhe belassen wird, denn der höhere Beitrag wird uns gute Zinsen bringen. K.

Zürich. Maifeier und Herrenrecht. An der Maifeier in Zürich hatten sich wie üblich auch die Buchbinder sehr zahlreich eingefunden. Leider haben wir eine Maßregelung dreier unserer Kollegen zu verzeichnen. Die Herren Gebr. Fretz, Lithographie, Buchdruckerei und Buchbinderei, haben es für nöthig befunden, drei Kollegen, weil sie den 1. Mai mitfeierten, zu maßregeln.

Es ist dies wieder ein Beweis von versuchter Knechtung der Untergebenen, der sich ins Innerste eines jeden Arbeiters als fruchtbringender Samen senken möge. Es ist ein weiterer Beweis, wie ein Prinzipal die Arbeit seiner Untergebenen schätzt und wie er Zeugniß ablegt von einer monarchischen Gesinnung.

Um die Erlaubniß für den Nachmittag einzuholen, wählten wir einen aus unserer Mitte, der das Gesuch dem Herrn Rudolf Fretz unterbreitete. Herr Fretz wies das Gesuch jedoch schroff ab mit der Begründung, er habe am 1. Mai noch nie frei gegeben.

Wir nahmen uns mit Recht selbst frei unter der Begründung:

1. Pressante Arbeit war keine vorhanden.
2. Die brutale Verweigerung war ohne Grund.
3. Am Sechseläuten durften wir nicht arbeiten.

Als wir am Montag die Arbeit wieder aufnahmen, wurde der Werkführer ausbezahlt, als Rädelsführer proklamirt und entlassen. Wir selbst bekamen die Kündigung auf 8—14 Tage.

Es wird Herrn Fretz nicht freuen, daß sämmtliche Entlassene nicht ohne Stellung und vernichtet sind, sondern sich wohlbehalten in neuer Stellung befinden.

Alle Anerkennung spreche ich im Namen des Vereins den Kollegen und Kolleginnen aus, die an diesem Tage mit uns feierten und bewiesen, daß auch sie als nicht Organisirte einsehen gelernt haben, was Recht und Unrecht ist.

Herrn Rudolf Fretz möchten wir jedoch ins Gedächtniß rufen: Jedermann strebt in seinem Interesse vorwärts, der gewöhnliche Arbeiter wie der Protz.

Im Auftrag des Buchbindfachvereins: H. G.

Zürich. In Nr. 23 der „B.-Z." nimmt sich der Herr Kollege Schweizer in Winterthur die Freiheit, über den Zentralvorstand des Schweizerischen Buchbinder-Verbandes in ganz unberechtigter und unqualifizirbarer Weise herzufallen. Diese öffentlich gegen uns erhobenen Anschuldigungen zwingen uns, aus unserer bisher bewahrten Reserve hervorzutreten und ebenfalls öffentlich zu antworten. — Der Artikel selbst enthält so viele Entstellungen von Thatsachen und soviele unwahre Behauptungen (ob bewußt oder unbewußt, lassen wir dahingestellt), daß es uns einige Ueberwindung kostet, überhaupt darauf zu antworten; wenn wir dies trotzdem thun, so geschieht es nur, um uns den anderen Sektionen gegenüber zu rechtfertigen. Es will uns dünken, als sei der Artikel nur in der Absicht geschrieben, den Zentralvorstand in der Achtung der übrigen Kollegen herabzusetzen. Bisher ist es überall Sitte gewesen, den Verkehr zwischen Zentralvorstand und Sektionen schriftlich zu erledigen und wenn die Sektion Winterthur glaubt, Grund zur Beschwerde zu haben, so gebietet schon der einfache kollegiale Anstand, damit direkt vor den Zentralvorstand zu treten. Bleibt die Beschwerde ohne Erfolg, dann steht ihr die Oeffentlichkeit zu. Da der Kollege Schweizer dies unterlassen hat, so muß er sich gefallen lassen, wenn wir mit gleicher Münze zurückzahlen.

Bevor wir auf die aufgestellten Fragen und Behauptungen näher eingehen, sehen wir uns zu einer allgemeinen Aufklärung gezwungen, die wir ungern geben, weil die davon Betroffenen dem Verein nicht mehr angehören, zu der wir aber durch das Verhalten Schweizers jetzt genöthigt sind.

Die Sektion Zürich hat vor nunmehr fünf Monaten, nicht dem eigenen Triebe, sondern mehr der Noth gehorchend, zu der für uns denkbar ungünstigsten Zeit den Vorort des Verbandes übernommen. Wir erinnern z. B., daß zur Zeit der Uebernahme der Streik bei Carpentier ausbrach. Derselbe hatte und hat auch noch heute eine Reihe von Widerwärtigkeiten im Gefolge. Es sind Leute zu den verantwortlichsten Posten gewählt worden, die zwar große Worte machten, denen es nicht nur an den dazu gehörigen Fähigkeiten mangelte, sondern auch theilweise am guten Willen, ihre Aemter pflichtgemäß auszufüllen. Erst, nachdem die so nothwendigen Ausscheidungen erfolgt waren, konnte an ein planmäßiges Arbeiten gedacht werden. In welcher Weise gewisse Leute die einfachsten Sachen vernachlässigten, davon hier als Beweis nur ein Beispiel aus allerneuester Zeit: Bei der Ueberführung des Inventars von Bern nach Zürich hat der gewesene Verbandspräsident Kollege Capra-Wirz in Bern an den damaligen Präsidenten Br. in Zürich einen ausführlichen, die Geschäftslage des Schweizerischen Buchbinder-Verbands betreffenden Brief, datirt vom 13. Januar 1897, gesandt. Diesen Brief fanden wir zufällig am 9. Juni dadurch, daß wir wegen eines fehlenden Schriftstücks Nachfrage bei einem früheren Vorstandsmitglied hielten, wobei sich unter anderen Briefschaften auch dieser Brief vorfand, von dessen Existenz kein Mitglied des jetzigen Vorstandes eine Ahnung hatte und dessen Kenntniß unsere Aufgabe gleich zu Anfang wesentlich erleichtert hätte. Wir haben uns dieserhalb nicht beschwert und am allerwenigsten dazu die Zeitung benutzt. Wir suchten uns eben so gut es ging in diesem Labyrinth zurecht zu finden; aber jedes, einigermaßen mit Vernunft begabte Mitglied würde doch zugeben, daß wir unter diesen Verhältnissen ein äußerst schweres Arbeiten hatten und zum Theil noch haben.

— In gleicher Weise erging es dem Brief aus Winterthur. Dieser ist von dem damaligen Zentral-Präsidenten Z. zirka vier Wochen in der Tasche behalten worden und dann dem Inhaber der inzwischen geschaffenen Sekretärstelle zur Beantwortung übergeben worden. Dieser hat den Brief dann sofort beantwortet. Bemerken wollen wir, um nicht Unrecht zu thun, daß Kollege Z. damals auch als Kassier des Streiks viel beschäftigt war; das Vergessen dieses Briefes ist in diesem Falle wohl menschlich und daher entschuldbar. Dieses ist dem Kollegen Schweizer, weil im Briefe mitgetheilt, bekannt, und wie kommt er trotzdem zu dem impertinenten Ausdruck, vom Treiben des Zentralvorstands, das er näher beleuchten will?

Des Weiteren sei hier erklärt: Nicht auf Anregung des Zentralvorstands fand zu Ostern die Konferenz statt, sondern die Sektion Zürich hat aus eigener Initiative den Beschluß gefaßt, die beiden anderen großen Sektionen einzuladen zu einer Besprechung über das Thema: „Wie stellen wir uns zu einer eventuellen Lohnbewegung im Auslande?" — Die Sektion Zürich und nicht der Verband hat die ihr zukommenden Kosten aufgebracht. Selbstverständlich mußte auch bei dieser Gelegenheit eine Aussprache über die noch nicht eingeführte zentrale Wanderunterstützung erfolgen, da der frühere Zentralvorstand in Bern es unterlassen hat, dieselbe vom 1. Juli 1896 ab in Kraft treten zu lassen. Von einer Hintenansetzung der kleineren Sektionen kann schon um deswillen keine Rede sein; es wäre trotzdem eine Mittheilung an die anderen Sektionen erfolgt, wenn die Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, dies war jedoch nicht der Fall, erstens weil die Sektion Zürich den soeben erwähnten Beschluß erst drei Wochen vor Ostern faßte (Ostern sollte die Zusammenkunft stattfinden), zweitens weil von der Sektion St. Gallen Mittwoch vor Ostern ein ablehnender Bescheid einlief und zwei Tage später der zustimmende Bescheid der Sektion Bern; wir waren gezwungen, zum Telegraphiren unsere Zuflucht zu nehmen. Die letzte Abmachung erfolgte am Abend vor der Konferenz noch telegraphisch. — Also auch hier ist der Vorwurf Schweizers unberechtigt und zum Mindesten leichtfertig erhoben. Dieses alles hätte Kollege Schweizer einsehen und damit sich und uns die Arbeit und der „B.-Z." den Raum ersparen können, wenn er den geschäftsordnungsmäßigen Weg eingeschlagen hätte. — Ein Bericht über die Konferenz ist, bevor der Artikel Schweizers erschien, sämmtlichen Sektionen zugestellt worden. Er konnte nicht früher zugestellt werden, weil eine der betheiligten Sektionen in der Konferenz Aufschluß über eine beabsichtigte Lohnbewegung gab; ein Theil der Theilnehmer war nun der Meinung, im Interesse des Gelingens die Sache nicht vorher an die große Glocke zu hängen. Es ist deshalb bei der davon betroffenen Sektion erst angefragt worden, ob den anderen Sektionen ein Protokollauszug zugesandt werden soll. Leider wurde die zusagende Antwort etwas spät gegeben. — Auch hier ist der Zentralvorstand an der Verzögerung durchaus schuldlos. — Die Hauptsache für Kollege Schweizer scheint nur zu sein, der Welt kund zu geben, daß er mit dem Austritt der Sektion Zürich aus dem Gewerkschaftsbund nicht einverstanden ist. Es steht dem Kollegen Schweizer allerdings frei, zu denken was er will, es steht aber auch der Sektion Zürich frei, zu machen, was sie will; am allerwenigsten wird sie zu ihren Beschlüssen die Ansicht des Kollegen Schweizer einholen. Ein Blick in die Verbandstagsbeschlüsse müßten den Kollegen Schweizer überhaupt belehren, daß er mit seiner Ansicht über diese Sache auf dem „letzten Weg" ist. — Der Verbandstag 1896 hat mit Rücksicht auf die Sektion St. Gallen, die, wie auch andere Sektionen lange vor uns, aus dem Gewerkschaftsbund ausgetreten sind, ausdrücklich beschlossen, daß der Beitritt fakultativ ist.

Wir glauben, alle wesentlichen Punkte, welche Angriffe oder Beschuldigungen gegen uns enthielten, widerlegt zu haben. Es erübrigte sich nur noch die Wißbegierde des Kollegen Schweizer zu stillen, was wir in Zukunft zu thun gedenken. Da müssen wir allerdings erklären, daß wir uns nicht verpflichtet fühlen, etwa ein aufgestelltes Programm (wenn wir eines besäßen) gleichsam dem Plakat der Oeffentlichkeit zu übergeben, damit ja die Herren Meister von etwelchen zu unternehmenden Schritten vorher unterrichtet sind und ihre Maßnahmen damit treffen können. Uebrigens sollten die Kollegen nicht alles vom Zentralvorstand erwarten und erhoffen, als wenn derselbe über ein Hexenpülverchen gegen alle Unbill verfügte und nur nach Herzenslust davon vertheilen könnte, — sondern die Kollegen am Ort sollen selbst Hand ans Werk legen und unermüdlich thätig sein und neue Mitglieder für den Verband zu erwerben suchen. — Daß die Motive des Kollegen Schweizer zu seinem Vorgehen nicht ganz sauber sind, geht auch noch aus einem anderen Umstande hervor, den wir auch hier näher „beleuchten" wollen. In dem Eingesandt erwähnt er, daß Winterthur 6 Wochen vor Ostern an den Zentralvorstand einen Brief richtete; also 6 Wochen vor Ostern wußte man die Adresse des Zentralvorstandes, das hinderte den Kollegen Schweizer aber nicht, die letzten Beiträge nicht an den Verbandskassier, nein, an den Kassier des Gewerkschaftsbundes zu senden mit dem Bemerken, er wisse nicht die Adresse des Verbandskassiers resp. wo überhaupt der Zentralvorstand zu finden ist. (Jeder Kollege, der die „Buchbinder-Zeitung" und auch die „Arbeiterstimme" liest, wird wohl wissen, daß wir die Adresse des Verbandskassiers und des Sekretärs publizirt haben.) Dies charakterisirt die Wahrheitsliebe des Kollegen Schweizer genügend.

Einverstanden sind wir aber mit der Aufforderung des Kollegen Schweizer, daß sich die übrigen Sektionen darüber äußern sollen. Wir unterziehen uns gern einer gerechten Kritik und werden auch stets auf sachliche Angriffe sachlich entgegnen, wir werden aber auch böswillige und gehässige Angriffe zurückzuweisen wissen. Wir glauben, bisher unsere Pflicht gethan zu haben und werden auch weiter bestrebt sein, unsere schwachen Kräfte voll und ganz dem Verbande zur Verfügung zu stellen. Wir rechnen dabei auf eine wohlwollende Beurtheilung und einer thatkräftigen Unterstützung aller Mitglieder des Verbandes, denen das Wohl der Arbeiter und der Fortschritt am Herzen liegt.

Der Zentralvorstand
des Schweizerischen Buchbinder-Verbandes.

Rundschau.

* Der diesjährige Verbandstag des Bundes deutscher Buchbinder-Innungen wird vom 24. bis 26. Juli in Grimma abgehalten. Wie regelmäßig haben die Herren Innungsmeister auch zu diesem Verbandstag schwere Aufgaben zu lösen sich vorgenommen und zwar: 24. Juli: Empfang, Ausflüge, Kommers; 25. Juli: Spaziergang, Frühstück auf der Gattersburg, Verhandlungen, Tafel und Ball im Schützenhaus; 26. Juli: Verhandlungen, Abends 5 Uhr gemeinschaftliche Abfahrt zur Ausstellung nach Leipzig.

* Der Steinsetzerstreik in Stettin ist beendet. — Von den Tischlern Magdeburgs stehen noch 196 im Streik, in 35 Werkstuben arbeiten bereits 173 Mann zu den bewilligten Forderungen. — Die Bewegung der Maurer in Berlin scheint gut zu verlaufen. Der geforderte Stundenlohn von 60 Pfg. ist bereits auf einer größeren Anzahl Bauten bewilligt worden. — Ein Weberstreik ist bei der Firma Weyl & Nassau in Reichenbach ausgebrochen, weil bei dem ohnehin schon ganz erbärmlichen Durchschnittslohn von 8,70 Mk. pro Woche auch noch eine Lohnherabsetzung von 15 bis 30 Prozent angekündigt wurde. — 200 italienische Arbeiter (Maurer und Handlanger) bei der Nordostbahn in Zürich haben wegen Lohnreduktion gestreikt, dann aber unter Mitwirkung des Arbeitersekretärs die Zurücknahme der Lohnreduktion und andere wesentliche Zugeständnisse erreicht.

* Eine Konferenz der auf dem Boden der modernen Gewerkschaften stehenden Handelsangestellten Deutschlands wurde am 6. Juni in Leipzig abgehalten. Elf Delegirte aus 8 Städten waren anwesend. Zur Verhandlung standen: „Schaffung einer Zentralorganisation" und „Preßangelegenheiten". Nach einem einleitenden Referat und längerer Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die kaufmännischen Unternehmer beweisen durch die vielfach überlange Ausdehnung der Arbeitszeit und die unzureichende Entlohnung ihrer Angestellten, durch die den Letzteren oktroyirten Verträge über Konkurrenzklausel, Kündigung u. s. w., daß sie ihre Interessen ohne Rücksicht auf das Wohl und Wehe der Angestellten wahren. Das Gleiche ist auch gelegentlich der Stellungnahme der Unternehmervereinigungen und Handelskammern zum Achtuhrladenschluß, Verrath von Fabrik- und Geschäftsgeheimnissen und zum Titel 6 des neuen Handelsgesetzbuches zu Tage getreten. Diese Thatsachen beweisen, daß ein Harmonieverhältniß zwischen Unternehmern und Angestellten im Handelsgewerbe nicht besteht und nicht bestehen kann. Die Angestellten sind deshalb gezwungen, sich unabhängig von der Prinzipalität zu organisiren, um derselben gegenüber ihre Rechte und Forderungen zur Geltung zu bringen. Da die bestehenden Einzelvereine diese Aufgabe nicht in genügendem Maße erfüllen können, erklären die Delegirten sich für eine Zentralorganisation der Handelsangestellten über das ganze Reich auf Grundlage der modernen deutschen Gewerkschaften."

* Die Generalversammlung der Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigten Personen Deutschlands fand in Bremen statt. Anwesend waren 21 Delegirte. Dieser Verband hat in 30 Zahlstellen 2250 Mitglieder (1895 waren in 29 Zahlstellen 1500 gezählt). Der beantragte Anschluß an den Metallarbeiterverband wurde mit 17 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Die Beiträge wurden auf 20 Pfennig für männliche und auf 15 Pfennig für weibliche Mitglieder erhöht. An Reiseunterstützung werden 2 Pfennig pro Kilometer bestimmt.

* Die zweite Generalversammlung des Zentralvereins der Former tagte an Pfingsten in Hannover. Anwesend waren 34 Delegirte. Mitglieder zählte der Verband 4285, gegen 3377 im September 1893. Von 10 stattgefundenen Streiks, von denen 6 Abwehr- und 4 Angriffsstreiks waren, endeten einer erfolgreich, 4 mit theilweisem Erfolg und 5 ohne Erfolg. 10425 Mk. wurden für Streiks ausgegeben, 1023,60 Mk. für Arbeitslosenunterstützung (50 Pfg. pro Tag) und 8690,50 Mk. für Reiseunterstützung (2 Pfg. pro Kilometer). Ein Antrag, den Beitrag von 20 auf 25 Pfg. zu erhöhen, wurde abgelehnt, desgleichen ein Antrag auf Klassifizirung des Beitrags. In Gießereien beschäftigte Arbeiterinnen können nun in den Verband aufgenommen werden. Bei wichtigen Anlässen oder auf Antrag von mindestens einem Viertel der Mitglieder können Urabstimmungen anberaumt werden. Die Reisekasse in eine allgemeine Arbeitslosenunterstützung umzuwandeln, wurde mit Uebergang zur Tagesordnung abgethan. Streiks sind dem Vorstand und Ausschuß mindestens 14 Tage vor Beginn zur Genehmigung zu unterbreiten. Die Streikunterstützung beträgt von der zweiten Woche ab 12 Mk., für jedes Kind 1 Mk. mehr.

* Eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Glasarbeiter, welche vom 6. bis 8. Juni in Stralau stattfand und von 36 De-

Verbands-Versammlungs-Kalender.

Ort	Lokal	Versammlungstag	Beginn
Altenburg	„Goldener Löwe", Pauritzergasse	23. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Altona	Schillerhalle, Ecke Schiller- u. Marktstr.	19. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Augsburg	Gasthaus zum schwarzen Gockel	19. Juni (alle 14 Tage)	8 Uhr
Berlin	Bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75	Jeden Montag nach dem 1. u. 15. d. M.	8½ Uhr
	Lederarbeiter:		
	Bei Roll, Adalbertstraße 21	Am Montag vor dem 1. und 15. d. M.	8½ Uhr
Bielefeld	Gasthof z. „Stadt Frankfurt", Ritterstr.	Sonnabend vor dem 1. u. 15. des Monats	½9 Uhr
Brandenburg a.H.	Bei Herrn Schneider, Schützenstraße 25	26. Juni (alle 14 Tage)	8½ Uhr
Braunschweig	„Bayerischer Hof", Ochlschlägern 40	Am 2. und 4. Sonnabend im Monat	9 Uhr
Bremen	Gasthaus Wegener, Langenstraße 100	Am 1. und 3. Sonnabend im Monat	9 Uhr
Breslau	Grünes Bergel, Kupferschmiedstraße 8, Ecke Oderstraße	Jeden Sonnabend	8 Uhr
Brieg i. Schl.	„Fürsten Blücher", Feldstraße	Am Sonnabend nach d. 1. u. 15. d. M.	8 Uhr
Crefeld	Restauration Schmitz, Carlsplatz	19. Juni (alle 14 Tage)	9 Uhr
Darmstadt	Zum fröhlichen Mann, Schustergasse	Am 1. und 3. Samstag im Monat	½9 Uhr
Dortmund	Gasthof Brinkmann, Westendellweg 111	19. Juni (alle 14 Tage)	9 Uhr
Düsseldorf	Restaurat. „Poscher", Ratingerstr. 43	Am 1. und 3. Samstag im Monat	½9 Uhr
Eisenberg(S.-A.)	Heineck's Restaurant	19. Juni (alle 14 Tage)	8½ Uhr
Elberfeld	Restaur. Mießen, Morianstr.	26. Juni (alle 14 Tage)	8½ Uhr
Erfurt	Restaurant „Zum Krokodil", Eichengasse	19. Juni (alle 14 Tage)	8½ Uhr
Erlangen	„Zum Fuchsen", Theaterplatz.	Am 1. und 3. Samstag im Monat	8 Uhr
Eßlingen	Bei Rayer, z. Anker, Unt. Beutaustr. 12	Am 1. Montag im Monat	8 Uhr
Flensburg	„Holsteinsches Haus", Norderstr. 45	Am 1. Sonnabend im Monat	8½ Uhr
Frankfurt a. M.	Restaurat. A. Bostel, Trierischer Platz 29	Am 1. und 3. Samstag im Monat	½9 Uhr
Frankfurt a. d. O.	Restaur. Petruschke, Oderstr., am Markt	Am Sonnabend nach d. 1. u. 15. d. M.	8½ Uhr
Freiburg i. B.	Gasthaus „zum Bären", Oberlinden	26. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Fürth	Restaurant Zick, Wassergasse	Am zweiten Samstag im Monat	8½ Uhr
Gera	Bürgerl. Brauhaus, Krumme Gasse	Sonnabend nach dem 1. u. 15. d. M.	½9 Uhr
Glogau	Restaurant Rosenberg, Mühlstraße 6	Am zweiten Sonnabend im Monat	8½ Uhr
Hagen i. W.	Restaurant Schmitz, Kampstraße	Am 1. und 3. Samstag im Monat	9 Uhr
Halberstadt	Restaurant zur Granate, Peterstreppe 3	19. Juni (alle 14 Tage)	8½ Uhr
Halle a. S.	„Englischer Hof", Gr. Berlin	Am 1. und 3. Sonnabend im Monat	8½ Uhr
Hamburg	Restaurant „Karlsburg", Curienstr. 11	19. Juni (alle 14 Tage)	8½ Uhr
Heilbronn	Gasthaus zur Rose	19. Juni (alle 14 Tage)	8½ Uhr
Jena	Gasthaus zum „Greif", Oberlauengasse	2. Juli (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Karlsruhe	Restaurant „zur Blume", Zirkel 28	19. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Kiel	Ahrens, Alte Reihe 8	29. Juni	9 Uhr
Köln	Wolters, Neumarkt (Ecke Thiebolsgasse)	26. Juni (alle 14 Tage)	9 Uhr
Königsberg i. Pr.	„Schloßberghalle", Bergstraße	Sonnabend vor dem 1. im Monat	8½ Uhr
Konstanz	Restauration „Zum Hussenstein"	28. Juni	8 Uhr
Lahr (Baden)	Restauration „zum Geist".	26. Juni (alle 14 Tage)	½8 Uhr
Liegnitz	„Goldene Frieden", Glogauerstraße	19. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Lübeck	„Berliner Hof", Fünfhausen 19	Sonnabend nach dem 1. und 15. d. M.	9 Uhr
Magdeburg	„Granatsplitter", Knochenhauerufer 18	19. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Mannheim	Restaurat. zum Schnakenbuckel, T 5 1	Am 2. und 4. Samstag im Monat	½9 Uhr
München	Cafe Dall Armi, Frauenplatz	26. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Münster i. Westf.	Restauration Mittrup, Engelstraße	Montag nach dem 1. und 15. d. M.	9 Uhr
Neu-Ruppin	Restaurant A. Schumann, Ludwigstr. 43	19. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Nürnberg	Restaurant Bauer, Schlotfegergasse	19. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Offenbach a. M.	Gasthaus „zum Lindenbaum"	21. Juni (alle 14 Tage)	9 Uhr
Posen	Bei Herrn Willchke, Wasserstraße 27	Am 2. Sonnabend im Monat	8½ Uhr
Pforzheim	Brauerei Hof, Lammstraße	Am 2. und 4. Samstag im Monat	½9 Uhr
Ruhrort	Bei Simon in Duisburg		9 Uhr
Solingen	Bei Witwe Melchior, Südwall 34	19. Juni (alle 14 Tage)	8½ Uhr
Stettin	Restauration Dittmer, Breitestr. 11	3. Juli	9 Uhr
	Bei Sucker, Alleestr. (für weibl. Mitgl.)	11. Juli	3 Uhr
Straßburg i. E.	Bei Graff-Danicher, Ecke Schuhmacher- und Schloßgasse	26. Juni (alle 14 Tage)	8 Uhr
Stuttgart	Gasthof zum „Hirsch", Hirschstr. 14	26. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Weimar	Großkopfs Restaurant, Breitenstr.	26. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr

Die öffentlichen Versammlungen in Leipzig werden eine Woche vorher in der „Buchbinder-Zeitung" und einen Tag vorher in der „Leipziger Volkszeitung" bekannt gegeben.

In Dresden finden jeden 2. Sonnabend im Monat öffentliche Versammlungen statt, welche je einen Tag vorher in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" bekannt gemacht werden.

In Hannover nimmt der Bevollmächtigte jeden Sonnabend Abend bei Bolte, Neuestr. 27, Beiträge und Anmeldungen zum Beitritt entgegen und giebt die Zeitung aus.